

## **Gewerkschaft CGT**

### **Die Demokratie und die Republik haben gesiegt!**

### **Die sozialen Forderungen müssen gehört werden!**

8. Juli 2024 - Die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger hat das Horrorszenario von Emmanuel Macron vereitelt, der mit seiner Entscheidung, die Nationalversammlung aufzulösen, Chaos geschaffen und der Rassemblement National den roten Teppich ausgerollt hat. Eine große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat klar zum Ausdruck gebracht, dass sie es ablehnen, der extremen Rechten die Schlüssel des Landes zu übergeben.

**Die Neue Front Populaire, deren Programm unter anderem höhere Löhne und Renten, die Rücknahme der Rentenreform und Investitionen in unsere öffentlichen Dienste vorsieht, wurde stärkste Kraft.**

Spanien, Großbritannien und jetzt Frankreich: **Die Reaktionäre wurden auf der Grundlage starker sozialer Erwartungen besiegt.** In Europa ist die Wahl nun klar: Sozialer Fortschritt oder Faschismus, der Neoliberalismus ist keine Alternative mehr.

**Der Präsident der Republik wurde hart abgestraft.**

Er war völlig unverantwortlich, als er bis zum Schluss versuchte, die extreme Rechte mit der Linken in einen Topf zu werfen, und damit zur Legitimierung der Rassemblement National und ihrer Ideologie beitrug.

Glücklicherweise haben sich **die Mehrheit der Gewerkschaftsorganisationen, die Zivilgesellschaft, die Jugend und die republikanischen politischen Parteien ihrer Verantwortung gestellt.** Getreu ihrer Geschichte **hat die CGT weiterhin sehr entschieden darauf hingewiesen, dass die Rassemblement National nach wie vor eine rassistische, antisemitische, homophobe, sexistische und gewalttätige Partei ist** und niemals als eine Partei wie jede andere betrachtet werden darf.

**Die CGT fordert Emmanuel Macron in aller Form auf, die Wahlentscheidung zu respektieren und zur Bildung einer neuen Regierung aufzurufen, die sich auf das Programm der Neuen Volksfront stützt, die als stärkste Kraft hervorgegangen ist.**

Darüber hinaus müssen tief greifende Lehren gezogen werden, um dem anhaltenden Vormarsch der Rassemblement National entgegenzuwirken, die eine Rekordzahl an Abgeordneten errungen hat. Die CGT warnt. Die sozialen Forderungen müssen gehört werden: **Arbeit muss ein Leben in Würde ermöglichen und die öffentlichen Dienstleistungen müssen im ganzen Land ausgebaut werden.**

**Es kommt nicht in Frage, dass die Arbeitgeber, die mit ihrer Gefälligkeit gegenüber der extremen Rechten gegläntzt haben, sich noch einmal durchsetzen.**

Das Land, das auf sehr brutale Weise gespalten wurde, muss wieder zusammengeführt werden und **Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie müssen entschlossen bekämpft werden.** Außerdem müssen **die ethischen Verpflichtungen und die Unabhängigkeit der Medien,** die sich derzeit in den Händen einiger Milliardäre befinden, gestärkt werden.

**Der Aufbruch der breiten Masse der Bürger\*innen darf nicht aufhören, sondern muss dauerhaft organisiert werden.**

Seit den Europawahlen haben sich Tausende von Arbeitnehmern und Rentnern dafür entschieden, sich in der CGT zu organisieren.

Diese Dynamik muss sich noch verstärken, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **die Kontrolle über ihre Arbeit und ihr Leben zurückgewinnen können.** Überall in den Regionen wird die CGT mit republikanischen Abgeordneten zusammentreffen, um **die Forderungen der Arbeitswelt zu vertreten.**

Die CGT wird ihre Leitungsgremien einberufen, um über **alle notwendigen Initiativen** zu entscheiden und sich **mit den Gewerkschaften und Verbänden** auszutauschen, um in der **größtmöglichen Einheit** weiter voranzukommen.

<https://www.cgt.fr/actualites/france/interprofessionnel/elections/la-democratie-et-la-republique-ont-gagne-les-exigences-sociales-doivent-etre-entendues>

# Gewerkschaft Solidaires

## Und jetzt ist noch alles zu tun

Veröffentlicht am 8. Juli 2024

(...)

Der Rassemblement National erhält keine absolute Mehrheit. Dies ist eine Erleichterung für Millionen von Menschen.

Die Union syndicale Solidaires begrüßt die breite Mobilisierung ihrer Mitglieder, aber auch zahlreicher Gewerkschaftsorganisationen und ganz allgemein der sozialen Bewegung, die es ermöglicht hat, die angekündigte Katastrophe einer Machtübernahme durch die extreme Rechte zu verhindern.

Die frühere Mehrheit und Emmanuel Macron tragen eine schwere Verantwortung für die aktuelle Situation.

Indem sie sich geweigert hat, auf die von der Bevölkerung weitgehend geteilten Forderungen der Gewerkschaften wie die Ablehnung der Rentenreform zu hören, und eine Politik im Dienste der Reichsten betrieben hat, hat sie den Treibstoff für die soziale Verzweiflung geliefert, die die extreme Rechte nährt.

Indem sie sich rechtsextreme Themen zu eigen machte, das Einwanderungsgesetz verkündete und stigmatisierende Interventionen, insbesondere gegen Personen muslimischen Glaubens, vermehrte, trug sie dazu bei, unsere Gesellschaft noch weiter zu spalten und rassistische Äußerungen zu entfesseln.

Auch wenn die Rassemblement National nicht in der Lage ist, das Land morgen zu regieren, ist die Gefahr der extremen Rechten keineswegs gebannt. Im Gegenteil, sie ist bedrohlicher denn je.

Die Herausforderung ist immens. Eine große Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat sich bei der Wahl für die extreme Rechte entschieden.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Nationalitäten, Herkünfte, Konfessionen, philosophischen Ansichten, sexuellen Orientierungen ... wir haben viel mehr gemeinsam als die Großunternehmer und Milliardäre wie Bolloré, die aktiv Werkzeuge zur massenhaften Verbreitung rassistischer Äußerungen subventionieren, um uns zu spalten und sich besser zu bereichern.

Wir müssen weiterhin gegen das Gift des Rassismus, gegen Vorurteile und Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft kämpfen.

Wir müssen die Solidarität der Arbeitskollektive wieder aufbauen. Es liegt nun an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Weg des sozialen und ökologischen Fortschritts wieder zu öffnen. Wir wissen, dass wir alle Forderungen durchsetzen müssen, angefangen bei der Rücknahme der Rentenreform und der Erhöhung der Löhne. Wir sind Millionen, vereint ist unsere Kraft immens.

Solidaires wird in den nächsten Tagen und Wochen alles daran setzen, eine einheitliche Mobilisierung von großer Tragweite aufzubauen. Wir können, wir müssen gewinnen.

<https://solidaires.org/sinformer-et-agir/actualites-et-mobilisations/communiqués/et-maintenant-tout-reste-a-faire/>

# Erklärung des Nationalkomitees von Solidaires

Veröffentlicht am 9. Juli 2024

Die Union syndicale Solidaires, die heute zu ihrem Nationalkomitee zusammengekommen ist, begrüßt, dass die Mobilisierung der Organisationen der sozialen Bewegung dazu beigetragen hat, die extreme Rechte zu verhindern.

Dennoch ist nichts geregelt. Die RN erhöht die Zahl ihrer Abgeordneten und ihre finanziellen Mittel erheblich, um ihre rückwärtsgewandten, rassistischen Ideen zu verbreiten und ihren sozialen Schwindel zu verschärfen.

Angesichts dieser Realität müssen die Gewerkschaften und insbesondere wir, insbesondere unsere Aktivistenpraktiken, überprüft werden und wir müssen unsere Aktionen neu erfinden, um den Alltag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der gesamten Bevölkerung zu verbessern.

Die Jahre der neoliberalen Politik und der Aufstieg der extremen Rechten verlangen von uns, den täglichen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verstärken, ihren Erwartungen gerecht zu werden, gleichzeitig alle Diskriminierungen abzulehnen und unsere Werte der Gleichheit, des Antirassismus, des Feminismus, der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit zu verteidigen...

Für die Union syndicale Solidaires sind die Kämpfe, die in der breitesten Einheit geführt werden müssen, wesentlich für die sozialen Fortschritte, in jedem Unternehmen, in jedem Berufssektor, wie auch auf berufsübergreifender Ebene.

In den kommenden Wochen wird die Gewerkschaftsunion Solidaires drei dringende Forderungen vorbringen, um unsere Rechte zurückzuerobern, um gegenüber den Arbeitgebern und dem zum König gewordenen Kapitalismus das, was uns zusteht, zurückzuerobern:

- Aufhebung der Rentenreform 2023 und Rückkehr zu einer Rente mit 60 Jahren und 37,5 Beitragsjahren.
- unser Recht einfordern: die Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen wie im privaten Sektor und den Mindestlohn (SMIC) auf 2000 Euro netto.
- die Verteidigung, den Zugang und die Entwicklung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen überall im Land, die für Gleichheit, sozialen Zusammenhalt und den Zugang zu Rechtsansprüchen stehen. Diese öffentlichen Dienste sind für die ökologische Wende unerlässlich.

Für die Union syndicale Solidaires besteht die Dringlichkeit darin, konkret zu gewinnen.

Unabhängig davon, welche Regierung gerade an der Macht ist.

Deshalb arbeitet die Union syndicale Solidaires ab sofort am Aufbau einer einheitlichen Mobilisierung, um durch Kämpfe die Aufhebung der Rentenreform und die Rückkehr zur Rente mit 60 Jahren zu erreichen.

<https://solidaires.org/sinformer-et-agir/actualites-et-mobilisations/communiqués/declaration-du-comite-national-de-solidaires/>